

Heute Griechenland - morgen wir ?

Unter starker Beteiligung der deutschen Bundesregierung nötigt die "Troika", also die Europäische Zentralbank, die EU-Kommission und der IWF, die griechischen Abgeordneten zu einem in Europa beispiellosen Angriff auf die demokratischen und sozialen Rechte und den Lebensstandard der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung.

Das **Streikrecht** wird schrittweise abgeschafft, nicht nur im öffentlichen Dienst, wo z.B. LehrerInnen mit Anfangsgehältern von 575 Euro auskommen müssen.

Per Gesetz wurde bereits der Vorrang schlechterer "betrieblicher Vereinbarungen" vor Tarifverträgen durchgesetzt. Nun hat die Troika befohlen, den **Mindestlohn** weit unter die Armutsgrenze und die Löhne in der Privatwirtschaft um 22% zu senken.

Die Regierung will entgegenstehende Tarifverträge per Gesetz aufheben, danach sollen die Löhne "eingefroren" werden. Dies bedeutet in letzter Konsequenz ein **Streikverbot** auch in der privaten Wirtschaft, sonst wäre dieses Lohndiktat nicht durchsetzbar.

Die sozialdemokratische Ministerin Marilisa Xenogiannakopoulou begründete ihren Rücktritt damit, dass sie nicht am Sturz der demokratischen und sozialen Errungenschaften mitwirken will oder daran, Tarifverhandlungen und Arbeitsrechte abzuschaffen.

Jeder zweite der 15- bis 24-Jährigen ist arbeitslos. 250.000 Menschen sind auf Suppenküchen angewiesen - das ist jeder vierzigste Grieche.

Schäuble verlangt sogar die Garantie, dass die „Sparmaßnahmen“ durchgeführt werden, egal wie die Wahlen ausgehen. Was bedeutet das, wenn die Griechen „falsch wählen“?

Es geht nicht mehr um Staatsverschuldung - es geht darum, ob wir zulassen, dass in Griechenland und später in weiteren europäischen Ländern die demokratischen und sozialen Rechte, die die europäischen Gewerkschaften in Jahrzehnten erkämpft haben, unter dem Vorwand des "Sparens" zerstört werden.

Die Kollegin Zoe Lanara, Leiterin der Internationalen Abteilung beim Griechischen Gewerkschaftsbund G.S.E.E., schreibt dazu in der DGB *Gegenblende* 11/12 2011:

"Griechenland wird als ein extremer Fall, als eine Art **Versuchslabor**, genutzt, um die Arbeiterschaft aus ihren Lebenszusammenhängen zu reißen und ihre Institutionen zu deregulieren. Die Arbeiter Griechenlands werden dazu verurteilt, die Arbeiter anderer EU-Länder in Schrecken zu versetzen, damit eine europaweite Abwärtsspirale in Gang gesetzt werden kann, in der es um eine Rückwärtsentwicklung des europäischen Sozialmodells und seiner tragenden Institutionen geht. Das neue Projekt wirtschaftlicher Steuerung richtet die EU auf eine umfassende Anwendung der desaströsen Rezepte aus, die in Griechenland getestet werden."

Griechenland ist in der Tat ein Testfall. Ein Test aber, der umgekehrt zeigen wird, dass es nicht gelingen wird, die sozialen Institutionen und die Gewerkschaften zu schwächen oder gar zu beseitigen - weder in Griechenland noch anderswo in der EU. Die Herausforderung zur Abwehr deregulierender „Therapien“ und zum Schutz elementarer Lebensqualitäten nehmen wir solidarisch an.

Weitere Informationen: www.erlanger-sozialforum.de, www.gew-erlangen.de,
www.griechischegemeindeerlangen.de